

der Bericht "Punishing a Nation" der Menschenrechtsorganisation "al-Haq" über die Repression des Volksaufstandes oder das Palestine Studies Quarterly wurden nicht verwendet. Ein anderes Manko ist, daß Quigley wohl keinen Zugang zu deutscher Literatur gehabt hat. Wer selber diesen Zugang hat, wird deshalb in Quigleys Buch wenig Neues finden.

Peter Gottstein

Theodor Hanf

Koexistenz im Krieg. Staatszerfall und Entstehen einer Nation im Libanon

Schriften des Forschungsinstituts der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik e.V., Bonn

Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 1990, 827 S., DM 59,--

Das hier zu besprechende Buch trägt einen provozierenden Titel: Da waren im Zeitpunkt seines Erscheinens nahezu alle Beobachter der nahöstlichen Szene überzeugt, daß die fünfzehnjährigen kriegerischen Auseinandersetzungen im Libanon Haß und Angst zwischen den verschiedenen Bevölkerungsgruppen des Landes so geschürt hätten, daß keine Koexistenz mehr möglich sei und daß von einer nationalen Identität der Libanesen ohnehin keine Rede sein könne; und hier wagt jemand die These, daß es nicht nur auch im Krieg Koexistenz gebe, sondern daß dieser Krieg zwar zum Zerfall des Staates und seiner Institutionen geführt habe, gegenläufig dazu aber auch zum Entstehen einer Nation!

Eine solche Behauptung will gut belegt sein, und solche Belege liefert Hanf in seinem Buch in geradezu beispielhafter Weise: Jahrzehntelang (seit 1961) hat er immer wieder mit den politischen und militärischen Akteuren und Ideologen des Konflikts Gespräche und Interviews geführt und dazu - was einmalig sein dürfte - wiederholt (1981, 1984, 1986 und 1987) Repräsentativbefragungen eines Querschnitts der relevanten Bevölkerungsgruppen durchgeführt (der Fragebogen ist im Anhang - S. 798-805 - abgedruckt) und die Ergebnisse analysiert. Was er hier als erstaunliches Resultat seiner empirischen Forschungen präsentiert, dürfte kaum zu widerlegen sein.

Auch die Präsentation selbst ist vorbildlich: Auf den 750 Seiten seiner Darstellung (S. 15-764) gelingt es Hanf immer wieder, außerordentlich komplexe Sachverhalte anschaulich und verständlich zu beschreiben, ohne sie dabei unzulässig zu vereinfachen. Wer noch tiefer in die Problematik einsteigen will, findet in dem sehr sorgfältig gearbeiteten Anhang (S. 765-827) mit Literaturverzeichnis, einer Zusammenstellung "Annotierte ausgewählte Schriften in arabischer Sprache zum Libanonkonflikt", dem schon erwähnten Text des verwendeten Fragebogens sowie Orts-, Personen- und Sachregister das hierfür erforderliche Handwerkszeug. Nur ein Lapsus ist dem Verfasser unterlaufen: Der im Text (S. 741 ff.)

durchgehend "Hraoui" geschriebene Name des gegenwärtigen Staatspräsidenten erscheint im Personenregister (S. 815) als "Hrawi".

Da die Forschungsergebnisse allein dem mit dem Libanonkonflikt nicht vertrauten Leser wenig sagen würden, schickt Hanf ihnen eine ausführliche Schilderung des geographischen und geschichtlichen Umfeldes voran. Hierzu gehört ganz wesentlich die einleitende Feststellung, daß es im Mittleren Osten seit der Gründung Israels 1948 "ein Land zu wenig oder ein Volk zu viel (die Palästinenser)" gibt (S. 15). Nur durch die Festsetzung der Palästinenser im Libanon nach ihrer Vertreibung aus Jordanien konnte es 1975 zum Ausbruch "eines Ersatzkrieges um Palästina" kommen, in den später Bürgerkriegselemente einfließen, die aber für sich allein wahrscheinlich nicht zu militärischen Auseinandersetzungen geführt hätten (S. 20, 230 ff.). Um dies zu belegen, schildert Hanf nach einer Darstellung der Konfliktregelmöglichkeiten in Vielvölkerstaaten (S. 21-65) ausführlich das Funktionieren des "libanesischen Modells" von 1920 bis 1975 (S. 66-185) mit seiner für den Verfassungsrechtler faszinierenden Überlagerung der unitarischen Verfassung von 1920 schon durch das die Rechte der Gemeinschaften berücksichtigende Wahlgesetz von 1922 und dann entscheidend durch den nie schriftlich festgelegten (!) Nationalpakt von 1943, der die Parlamentssitze 6 : 5 zwischen Christen und Muslimen aufteilte, die drei höchsten Staatsämter den größten Gemeinschaften zuwies (Präsident: maronitischer Christ; Ministerpräsident: sunnitischer Moslem; Parlamentspräsident: schiitischer Moslem) und für den gesamten öffentlichen Dienst einen Gemeinschaftsproporz unter Berücksichtigung auch der kleineren Gemeinschaften (griechisch-orthodoxe und griechisch-katholische Christen, Drusen) einführte. Dieses komplizierte System habe zwar wiederholt zu Reibungen und Unzufriedenheit geführt, insgesamt aber zufriedenstellend funktioniert und sei 1975 "nicht gestorben, sondern ermordet worden" (S. 185).

In der darauf folgenden Darstellung des "Krieges mit vielen Gesichtern" 1975-88 (S. 235-413) verliert Hanf nie den Überblick, obwohl es zeitweise "einfacher war, zu beschreiben, wer nicht gegeneinander kämpfte, als wer mit wem im Gefecht lag" (S. 327). Die Schilderung ist vielmehr klar, anschaulich und verständlich, obwohl 26 nach-, neben- und durcheinander stattfindende Konflikte behandelt werden, von denen übrigens nur in neun nur Libanesen gegen Libanesen kämpften (S. 695). Über weite Strecken liest sich die Darstellung ausgesprochen spannend, nicht nur, weil dem Verfasser immer wieder prägnante Vergleiche mit dem Dreißigjährigen Krieg gelingen, wo "in der kaum auflösbaren Durchdringung interner und externer Konflikte ... nüchternes Machtkalkül der externen und religiös überhöhte Existenzangst der internen Konfliktparteien" miteinander kontrastieren (S. 236). Entsprechend trübe und erschreckend fällt die Verlustbilanz des Krieges aus (S. 414-460), hauptsächlich auch deshalb, weil alle Konfliktparteien - auch die selbsternannten "Ordnungsmächte" Syrien und Israel - vorzugsweise nicht den militärischen Gegner angriffen, sondern die in dessen Herrschaftsbereich lebende Zivilbevölkerung flächendeckend beschossen. So waren von den (1975-87) 62.000 Toten 75 % Zivilisten, 15 % Milizionäre und nur 10 % Soldaten (S. 435 ff.)! Etwa 790.000 Personen mußten dauernd, weitere 700.000 zeitweise ihre Wohngebiete verlassen (S. 439). Katastrophal waren auch die wirt-

schaftlichen Verluste, wobei das Bruttosozialprodukt und das Pro-Kopf-Einkommen auf etwa die Hälfte des Vorkriegszustandes sanken (S. 451, 454).

Vor diesem Hintergrund ist es umso erstaunlicher, daß bei den Befragungen der Führungspersönlichkeiten (S. 462-553) nahezu alle Politiker - anders natürlich die an einem Weiterbestehen der Spannungen zwecks eigenen Machterhalts interessierten Milizführer - und bei den wiederholten Fragebogenaktionen bei einer "Quotenstichprobe der erwerbstätigen Bevölkerung" (S. 559) eine zunehmende Mehrheit quer durch alle Gemeinschaften hindurch (S. 554-684) sich für eine gruppenübergreifende Loyalität zum Libanon und für erneute Koexistenz in einer allerdings zu reformierenden "Konkordanzdemokratie" aussprachen (S. 651-665): Die Mehrheit will Koexistenz, auch im Krieg (S. 684), wie auch eindrucksvolle Friedens- und Einheitsdemonstrationen 1988, 1989 und 1990 bewiesen haben (S. 754).

Die Konfliktparteien nahmen hierauf freilich zunächst nicht die geringste Rücksicht: Nach Ende der Präsidentschaft Amin Gémayels und auch nach der schließlich durch saudische Vermittlung zustande gekommenen Wahl Elias Hraouis 1989 schien der Libanon in besonders blutigen Kämpfen (Rebellion des Generals Aoun: S. 708 ff.) vollends im Chaos zu versinken. Resigniert stellt Hanf fest, die libanesische Nation sei "wahrscheinlich zu spät entstanden, um den Zerfall des Staates aufzuhalten" (S. 761). In seinem letzten Satz (S. 764) äußert er dennoch die verwegene Hoffnung: "Sollte der Libanon wieder in den Windschatten regionaler und internationaler Konflikte geraten, dann könnte die Entstehung einer Nation, Epilog eines langen Krieges, zum Prolog der Wiederherstellung eines Staates werden." Genau in diese Richtung aber ist die Entwicklung seither gegangen: General Aoun ging ins Exil, die Milizen wurden weitgehend entwaffnet, die libanesische Staatsautorität konnte in großen Teilen des Landes wiederhergestellt werden. Vorsichtiger Optimismus ist also angesagt: ein zusätzlicher Grund, dieses faszinierende Buch zu lesen.

Karl Leuteritz

Friedrich Welsch / Nikolaus Werz

Venezuela: Wahlen und Politik zum Ausgang der 80er Jahre

Arnold Bergstraesser-Institut; Freiburger Beiträge zu Entwicklung und Politik, 1990, 130 S.

Spätestens mit dem militärischen Putschversuch vom Februar 1992 endete das jahrzehntelange Klischee von Venezuela als einer Insel der Stabilität im Meer südamerikanischer Wirtschafts- und Sozialmalaisen.

Zwar hat sich seit dem Ende der Jiménez-Diktatur (1952 - 1958) das präsidialdemokratische Regierungssystem im stetigen Wechsel zwischen der eher sozialdemokratisch orientierten "Acción Democrática" (AD) und der christdemokratischen COPEI (Comité de Organiza-